

Das Branding von „Bali“ nach Suharto: Regionale Autonomie, globaler Tourismus und die Juridifizierung des lokalen Kulturerbes

Martin Ramstedt

Summary

In 2001, i.e. the beginning of the recent decentralization process that facilitated Indonesia's transition from a highly centralized patrimonial regime to a liberal democracy with a significant degree of regional autonomy, local economies were suddenly exposed to accelerated deregulation and globalization. As was described by Karl Polanyi for similar processes in 19th and early 20th Century Europe, the regions have reacted to the boosted dis-embedding of their economy by making use of their new legislative authorities in order to re-embed economy into local society. In Bali, a major international tourist destination famous for its cultural attractions, the provincial parliament initiated the juridification of local culture in order to secure privileged access to local natural and cultural resources for the local Hindu-Balinese citizenry. In the event, Balinese political and religious leaders also harnessed the discourse and programs of national and international cultural heritage organizations to authenticate and copyright Balinese sacred traditions. This article argues that all these efforts at juridifying local culture have indeed partially succeeded in re-embedding Bali's tourism-driven economy into local society. However, this re-embedding does not seem to have strengthened traditional values and solidarity systems, as the entrepreneurial spirit has taken over Balinese community life.

Keywords: Decentralization, dis-embedding, tourism, juridification, Bali

Einleitung

Die Asienkrise von 1997/98 weichte die legitimatorischen Grundlagen des Suharto-Regimes auf, indem sie den bisherigen ökonomischen Fortschritt innerhalb kürzester Zeit um beinahe vierzehn Prozent rückläufig machte (Sadli 2009, S. 146). Gleichzeitig wurde beim Versuch der Krisenbewältigung das volle Ausmaß des Nepotismus und der Korruption sichtbar, das die Beziehungen zwischen der Wirtschaftselite und der Exekutive Indonesiens bestimmte. Wellen von Massendemonstrationen, die soziale Gerechtigkeit und Demokratie forderten, führten im Mai 1998 schließlich zum Rücktritt Suhartos (Basri 1999, S. 31-32; Mulya Lubis und Santosa 1999, S. 343, 356; McGillivray und Morrissey 1999, S. 11-12).

Als Teil des darauf folgenden gesellschaftlichen und politischen Reformprozesses initiierte Suhartos Nachfolger, Interim-Präsident B.J. Habibie (seine Amtszeit

dauerte vom 21.05.1998 bis 20.05.1999), eine Strukturreform des indonesischen Staates, die diesen von einer einheitsstaatlichen Diktatur hin zu einer dezentralisierenden, liberalen Demokratie führen sollte. Die mit der Strukturreform verbundenen Gesetze wurden 2001, also noch während der Regierungszeit von Präsident Abdurrahman Wahid (1999-2001), implementiert und leiteten so einen umfassenden Dezentralisierungsprozess ein. In seiner Folge erhielten die verschiedenen Regionen des Landes ein bedeutsames Ausmaß an legislativer, finanzieller und administrativer Autonomie. Die erste Phase dieses Prozesses wurde während der Amtszeit von Megawati Sukarnoputri, nämlich 2003, mit einer ersten Evaluation abgeschlossen. Diese lieferte die Grundlage für eine Überarbeitung der Dezentralisierungsgesetze, die dann ab 2004 in revidierter Form in Kraft traten. Parallel zu der ersten Implementierungsphase waren zwischen 1999 und 2002 auch vier Änderungen des indonesischen Grundgesetzes von 1945 verabschiedet worden, die nicht nur einen neuen Katalog individueller Bürgerrechte beinhalteten, sondern zudem traditionellen Gemeinschaften ein gewisses Maß an Kollektivrechten zusicherten (z.B. Lustermann 2002, S. 58-60, 108-110, 117-121, 123-132, 137-140, 144-150, 176-204; Indrayana 2008, S. 2-3, 4, 16, 78, 81-100, 104, 106, 108-171, 179-240, 242-265; Holtzappel 2009, S. 1-8, 9-11, 17-21).

Diese legislative Entwicklung, die von der Weltbank sowie nationalen und anderen internationalen Geberorganisationen unterstützt wurde, beruhte wesentlich auf der Tatsache, dass sich die indonesische Zentralregierung aufgrund der durch die Asienkrise ausgelösten Schmelze ihrer Dollarreserven gezwungen sah, ihre Kosten zu rationalisieren. Die Regionen, die bislang von jeglicher Regierungsverantwortung ausgeschlossen waren, sollten dienstleistungsorientierte, selbstverantwortlich operierende Lokalregierungen entwickeln, um regionales Wirtschaftswachstum anzuspornen und profitbringend zu managen. Dies wiederum bedingte eine höhere Beteiligung der Lokalbevölkerung an politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen (Holtzappel 2009, S. 1-2, 7; Brodjonegoro 2009, S. 197, 203).

Mit Beginn der Implementierung der regionalen Autonomie wurden die lokalen Ökonomien folglich einem bisher ungekannten Grad an Liberalisierung ausgesetzt. Gleichzeitig traten in verschiedenen Regionen religiös und ethnisch motivierte Bewegungen ins Gesichtsfeld nationaler und internationaler Beobachter, die sich nicht so sehr politischer als rechtlicher Strategien bedienten, um die von ihren Anhängern gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen durchzusetzen. Dass das Auftreten dieser anti-liberalen Bewegungen eine Folge einer vermeintlichen fragilen Staatlichkeit sei (z.B. Rotberg 2003; S. 14-15, 21; Schulte Nordholt und Klinken 2007, S. 1), halte ich als Erklärungsansatz für zu kurz gegriffen. Viel besser greifen meines Erachtens Einsichten, die der österreichisch-ungarische Ökonom Karl Polanyi in seinem 1944 veröffentlichten Buch über die „große Transformation“ der europäischen Gesellschaften im 19. und frühen 20. Jahrhundert entwickelte, und deren Relevanz für eine Analyse der Antinomien des gegenwärtigen Globalisierungsprozesses besonders in nicht-europäischen Gesellschaften wieder verstärkt in

den Blickwinkel der Sozialwissenschaften gerückt ist (s.a. Blok 2001, S. xviii-xix, xxxiii-xxxv, xxxviii; Steglitz 2001, S. vii, x, xvi; Frerichs 2011, S. 65-66; Perry-Kessaris i.E., S. 2).

Polanyi beschrieb, wie seit Beginn der industriellen Revolution das sogenannte „freie Spiel der Kräfte“ die Ökonomien der europäischen Staaten immer mehr aus ihrer Einbettung in die normative Ordnung der lokalen Gesellschaften herauslöste, indem es die traditionellen, auf Nachhaltigkeit abgestimmte Solidarnetzwerke zwischen den Menschen zerstörte und durch vertragsgebundene, auf schnellem Profit basierende Verhältnisse ersetzte (Polanyi 2001, S. 7, 35-44, 134-135). Bei dieser Umgestaltung der sozialen Bindungen, die von vielen als progressiver Werteverfall bis zur moralischen „Anomie“ erfahren wurde (Kreide 2011, S. 44; Orru 1983, S. 505, 508-510, 511), spielte die Entwicklung und Anwendung rechtlicher Instrumente eine große Rolle. Recht legitimierte laut Polanyi jedoch nicht nur die normative „Entbettung“ der Wirtschaft, sondern auch Gegenbewegungen, die diesen Prozess umzukehren versuchten (Frerichs 2011, S. 70, 72, 78, 82; Kreide 2011, S. 41, 43, 47; Perry-Kessaris i.E., S. 3-5, 7, 15-16).

An anderer Stelle (Ramstedt 2009, S. 330-332, 336-337, 340, 342-344; Ramstedt 2011, S. 43-44, 46, 54-56) habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die seit Beginn der Reformperiode zunehmend konstatierte, sich allerdings bereits seit Beginn der 1990er Jahren entwickelnde ethnonationale Haltung der hindu-balinesischen Bevölkerung eine Juridifizierung¹ der lokalen Dorftraditionen begünstigte. Dieser Ethnonationalismus speiste sich aus Ressentiments, die sich in der Tat während der rapiden Entbettung des bis dato von den meisten BalinesInnen als überwiegend positiv bewerteten „Kulturtourismus“ herausgebildet hatten. Im Folgenden werde ich zunächst die wichtigsten Stadien dieses Entbettungsprozesses beschreiben, um dann auf die einzelnen Schritte der Juridifizierung des lokalen Kulturerbes einzugehen. Dabei soll deutlich werden, dass die Wiedereinbettung des Tourismus in die lokalen Gemeinschaften bis zu einem gewissen Grad gelungen ist, zumindest was das rein Wirtschaftliche angeht. Die von der Juridifizierung angestrebte Integration von Tradition und neo-liberalem Unternehmergeist ist meines Erachtens aber nicht erfolgt, zum Nachteil des traditionellen Wertesystems und der mit ihm verbundenen Solidarnetzwerke.

Entbettung der balinesischen Tourismusindustrie

Die Erschließung Balis für den Massentourismus geht auf die Anfänge von Suhartos „Neuer Ordnung“ zurück. Bereits 1966 erwirkte Suharto die Hilfe der führenden Industrienationen und westlicher Geberorganisationen für sein wirtschaftlich am

¹ Ich verstehe unter „Juridifizierung“ ganz allgemein einen Prozess, bei dem das Staatsrecht die Rahmenbedingungen für eine wachsende Anzahl von gesellschaftlichen Beziehungen, Akteuren und Aktionen setzt und somit einen zunehmenden Teil der Lebenswelt reguliert (z.B. Blichner und Molander 2005).

Boden liegendes Land. Im Gegenzug öffnete Gesetz Nr. 1/1967 Indonesien für ausländische Investoren. Ein wesentlicher Punkt war, dass ihnen die indonesische Regierung für ihre Investitionsprojekte entsprechend Land bereitstellen würde (Artikel 14). Schon Suhartos erster Fünfjahresplan (1969-1974), der mit Hilfe der Weltbank und des IWF entworfen worden war, verpflichtete sich zur Entwicklung des internationalen Tourismus. Die Insel Bali, die bereits in den 1920er Jahren als „letztes Südseeparadies“ bekannt geworden war und westliche Reisende angezogen hatte, wurde dabei zu einem wichtigen Standort für die zukünftige Tourismusindustrie erklärt. Der mit finanzieller Unterstützung der Weltbank und der Vereinigten Nationen 1971 konzipierte Masterplan empfahl die Begrenzung des Tourismus auf die südliche Küstenregion, die aufgrund der Trockenheit ihres Lokalklimas nur dünn besiedelt war, um so negative Einflüsse auf die balinesische Bevölkerung einzuschränken (s.a. Hussey 1989, S. 314-315; Picard 1996, S. 43, 48-49; Yamashita 2003, S. 52-53; Knight, Mitchell und Wall 1997, S. 91-92).

Schon bald aber entwickelte sich ein ungeregelter Alternativtourismus, der sich auch ins zentralbalinesische Hauptiedlungsgebiet ausbreitete. Bei den internationalen Alternativtouristen erfreuten sich die einfachen Unterkünfte (*losmen*), in die balinesische Entrepreneurs vor allem investierten, großer Beliebtheit. Weniger erfolgreich erwiesen sich jedoch balinesische Kleinunternehmer im Führen von Restaurants (Hussey 1989, S. 317). Im Laufe der zunehmenden touristischen Erschließung der Insel stiegen die Preise für Land erheblich. Der Verkauf von Grund konnte balinesischen Bauern kurzfristig hohen Gewinn einbringen, doch mussten sie vielerorts zusehen, wie Zuwanderer aus anderen Regionen Indonesiens in der Tourismusindustrie unternehmerisch erfolgreicher waren. 1983 waren bereits 44 Prozent der Bars und Restaurants in dem stetig anwachsenden Strandparadies Kuta im Besitz von Nicht-Balinesen, während das ständig wachsende Müll- und Abwasserproblem langsam aber sicher die Ökologie der balinesischen Südküste aus dem Gleichgewicht brachte (z.B. Hussey 1989, S. 317, 319; Knight, Mitchell und Wall 1997, S. 92, 93-94).

Bereits gegen Ende der achtziger Jahre bemühte sich die balinesische Provinzregierung deshalb in Gestalt des *Bali Sustainable Development Project* (Mitchell 1994, S. 190) um die Fest- und Durchsetzung von Richtlinien für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus. Alle diese Bemühungen um die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus konnten jedoch nicht verhindern, dass sich zu Beginn der 1990er Jahre der Entbettungsprozess der balinesischen Tourismusindustrie rapide beschleunigte und heftige Gegenreaktionen in der lokalen Bevölkerung hervorzurufen begann. Ursache dafür waren weitere ökonomische Deregulierungsmaßnahmen, die die hohen Transaktionskosten des indonesischen Wirtschaftssystems ausgleichen sollten. So gewährte Suharto ausländischen Investoren Zugang zu immer mehr Wirtschaftssektoren Indonesiens und entwickelte dabei ein Lizenzvergabesystem, das vor allem seiner Familie und ausgewählten „Klienten“ enorme wirtschaftliche Vorteile einbrachte. Sein Sohn Tommy ergatterte auf diese

Weise zum Beispiel das Monopol über den Export von Rattanprodukten sowie die Vermarktung von Gewürznelken, während sein Bruder Bambang den Orangenhandel in Kalimantan kontrollierte (z.B. Soesastro 1989, S. 854, 856-858, 863; Liddle 1991, S. 403, 405, 410, 413-414, 418, 412-422; Soesastro 2000, S. 52, 53; Connor und Vickers 2003, S. 164).²

In Bali waren es eine Reihe von touristischen „Mega-Projekten“, die ab 1990 die Beschleunigung des ökonomischen Entbettungsprozesses markierten. Ich möchte hier nur drei dieser Projekte kurz erwähnen. Bei dem ersten Beispiel handelt es sich um den von der Bakrie Gruppe ausgeführten Bau des Bali Nirwana Beach Resort in unmittelbarer Nähe eines bedeutenden Tempels, *Pura Tanah Lot*, der den Gästen des Resort eine imposante Kulisse bieten sollte. Hinzu kam, dass man die Bakrie Gruppe als ein in mehreren Wirtschaftszweigen sehr erfolgreiches muslimisches Familienunternehmen kannte, das von Suhartos 1989 vollzogener strategischer Hinwendung zum Islam (Ashaari Muhammad 1993) enorm profitiert hatte. Das Unternehmen wurde bis 1992 von Aburizal Bakrie geleitet, der ein Jahr später in die Politik wechselte und auch dort sehr schnell zum Aushängeschild der aufstrebenden muslimischen Mittelschicht Indonesiens wurde (Tamara 1998). 1993 starteten auch die Bauarbeiten für das Bali Nirvana Beach Resort. Trotz massiven Protests aus weiten Kreisen der balinesischen Bevölkerung wurde es mit nur wenigen Modifizierungen der ursprünglichen Pläne fertig gestellt und 1997 als ein Hotel der Le Meridien-Kette eröffnet (Warren 1998, S. 235-239, 242-245, 246-252; Suasta und Connor 1999, S. 100-111, 116; Ramstedt 2000, S. 133-134).

Tommy Suhartos Pecatu Indah Resort Projekt gab ebenfalls Anlass zu heftiger Kritik, da ein bereits bestehender balinesischer Tempel (der *Pura Lalang Bene*) ins Hotelgelände integriert werden sollte (Rieländer 2000, S. 43-44, 46-51). Aufgrund der Asienkrise wurde das Projekt jedoch nicht fertiggestellt. Auch der Bau des Four Season Resort in Sayan erfolgte unter Beteiligung Tommys. Die lokale Kritik betraf vor allem die Tatsache, dass kaum ein ortsansässiger Balinese in die Belegschaft des Hotels aufgenommen wurde.³

Im Laufe der Zeit wurden „fremden“ Investoren gerne unterstellt, zahlreiche javanische Arbeitskräfte einzuschleppen, ohne sie mit einer Rückfahrkarte auszustatten. Diese meist muslimischen Migranten würden den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen und die Kriminalitätsrate in die Höhe treiben (Ramstedt 2009, S. 338). Anti-muslimische Ressentiments erreichten ihren Höhepunkt nach den beiden terroristischen Bombenattacken von 2002 und 2005 (Ramstedt 2009, S. 331, 334-336). Inzwischen aber hatte das balinesische Provinzparlament schon

² Cf. Cover Story in Tempo Magazine, 24, Heft VIII, 12.-18. Februar 2008.

³ Ich hielt mich in den 1990ern jedes Jahr ein paar Wochen zu Forschungszwecken in Bali auf. In dieser Zeit wurde ich in verschiedenen Cafés von Sayan, Kedewatan und Campuan Zeuge des Unmuts der Lokalbevölkerung über das Four Seasons Resort.

die ersten Schritte der Juridifizierung des lokalen Kulturerbes unternommen. Ermöglicht wurden sie durch den 2001 in Kraft tretenden Dezentralisierungsprozess.

Juridifizierung des balinesischen Kulturerbes

Bevor ich die durch die rezente Dezentralisierung ermöglichte Juridifizierung des balinesischen Kulturerbes beschreibe, möchte ich kurz einige vorbereitende Entwicklungen nennen.

Bereits 1971, dem Jahr der Konzeption des Masterplans zur Entwicklung des Tourismus auf Bali, organisierte die balinesische Provinzregierung aus Sorge vor einer möglichen Kommerzialisierung der balinesischen Sakralkünste ein Seminar mit balinesischen Intellektuellen, in dem eine Kategorisierung der Darstellenden Künste vorgenommen wurde. Man unterschied Sakraltänze (*wali*), die ein direktes Tanzopfer an die Gottheiten darstellen, und rituelle Tänze (*bebali*), bei denen geweihte Gegenstände (Masken, Ritualdolche, etc.) verwendet werden, von Tänzen ohne inhärente sakrale Bedeutung (*balih-balihan*). Zwei Jahre später erließ der damalige Provinzgouverneur eine Verordnung, die die Aufführung von *wali*- und *bebali*-Tänzen für Touristen untersagte (Ramstedt 1992, S. 72).

Um ausländischen Investoren gemäß Gesetz Nr. 1/1967 Land zur Verfügung stellen zu können, musste sich die indonesische Regierung vielerorts erst die Verfügungsmacht über den entsprechenden Grund sichern, nämlich dort, wo sie – wie es in Artikel 18B Absatz 2 des indonesischen Grundgesetzes hieß – die kollektiven Landnutzungsrechte noch existierender traditioneller Gemeinschaften zu berücksichtigen hatte. In Bali waren dies die traditionellen Dorfgemeinschaften (*desa adat*). Artikel 18 erlaubte es der Regierung jedoch, den kollektiven Landbesitz traditioneller Gemeinschaften im Namen des Fortschritts zu beschneiden. Er bot also eine gewisse rechtliche Grundlage für die Verstaatlichung von Allmenden, der außerdem Gesetz Nr. 5/1974 zu den Grundlagen der regionalen Verwaltung und Gesetz Nr. 5/1979 zur Dorfverwaltung weiter Vorschub leisteten, indem sie die politische Einheit der traditionellen Dorfgemeinschaften unterminierten (Lustermann 2002, S. 179, 192). Auch die balinesischen *desa adat* wurden auf Basis dieser Gesetze in ein aus Java stammendes Verwaltungsschema gepresst, das sie meist auf mehrere dörfliche Verwaltungseinheiten (*desa dinas*) aufteilte (Ramstedt 2009, S. 352-354). So sollten sie für einige Jahre als bloße Ritualgemeinschaften weiter existieren.

1986 verabschiedete die balinesische Provinzregierung Provinzverordnung Nr. 6/1986, die den *desa adat* den Status von traditionellen Rechtsgemeinschaften verlieh. Auf Provinzebene und in jedem der acht Bezirke Balis wurde ein Rat zur Pflege und Entwicklung ihrer Rechtsinstitutionen gegründet. Die Ratsmitglieder fungierten bei lokalen Konflikten als Mediatoren. Provinzverordnung Nr. 6/1986 drehte also die Auswirkungen von Gesetz Nr. 5/1979 ohne Gegenwehr Jakartas wieder etwas zurück. Das Regime hatte inzwischen eingesehen, dass es bei der Implementierung von Regierungsprogrammen in Bali viel effektiver war, sich der

traditionellen Dorfinstitutionen zu bedienen. Nachdem Indonesiens Wirtschaft 1986 unter den fallenden Ölpreisen zu leiden hatte, intensivierte die indonesische Regierung die Entwicklung des Tourismus (Picard 1997, S. 203) als Ausgleich zum Ölgeschäft. In Bali brauchte sie dazu die Hilfe der traditionellen Institutionen, die zwei Jahre später eine weitere Stärkung vonseiten der balinesischen Provinzregierung in Form von Provinzverordnung Nr. 2/1988 erfuhrten. Sie ordnete die Gründung von dörflichen Mikrokreditinstitutionen an, die nicht von den *desa dinas*, sondern von den *desa adat* verwaltet werden sollten (Ramstedt 2009, S. 354-355; Ramstedt 2011, S. 58).

Dennoch konnten die durch diese beiden Provinzverordnungen gestärkten traditionellen balinesischen Rechtsgemeinschaften der oben beschriebenen beschleunigten Entbettung des Tourismus in den 1990er Jahren nichts entgegensetzen. 1995 aber gelang es zwei bekannten balinesischen Juristen, I Ketut Ngastawa und I Dawa Putu Swastha, zumindest, andere bekannte Intellektuelle Balis, nämlich I Gusti Ngurah Bagus (Professor für Ethnologie), Anak Agung Made Djelantik (Arzt und Schriftsteller), Ide Anak Agung Gede Agung (Diplomat a.D.), I Nyoman Gelebet (Architekt), dreizehn traditionelle Priester und die Hindu-Intellektuellen Gedong Bagoes Oka, Agus Indra Udayana und Jero Mangku Gede Ketut Soebandi, dazu zu bewegen, sich gemeinsam in einem neu gegründeten Forum (*Forum Pemerhati Hindu Dharma Indonesia, FPHDI*) für die Interessen der balinesischen Hindus einzusetzen.⁴ Sie tadelten in der Causa Bali Nirwana Beach Resort öffentlich die offiziellen Vertreter der lokalen Hindugemeinschaft (*Parisada Hindu Dharma Indonesia*), dass sie sich von der Bakrie Gruppe haben bestechen lassen und den Bau schlussendlich befürworteten. In Hinblick auf Verordnung Nr. 528/1993 des balinesischen Provinzgouverneurs Ida Bagus Oka, die die Erschließung von insgesamt 21 Regionen der Insel für den Tourismus verfügte, versuchten sie, eine parlamentarische Debatte über die Entwicklung Balis zu einem hinduistischem Territorium anzuregen (Bagus 1995). Diese Anregung wurde jedoch erst nach dem Fall Suhartos umgesetzt, was nicht zuletzt dem Einfluss der 2001 in Jakarta gegründeten Allianz der indigenen Völker des Archipels (*Aliansi Masyarakat Adat Nusantara, AMAN*) zuzuschreiben ist. Der balinesische Vertreter von AMAN brachte die Idee einer Juridifizierung der lokalen Dorftraditionen erneut in Umlauf. Sie traf den Nerv der Mehrheit des von ethn-nationalistischen Ressentiments beherrschten balinesischen Bevölkerung. Dies machte sie zu einem politischen Trumpf, weshalb sie schließlich die volle Unterstützung des damaligen balinesischen Provinzparlaments sowie des Provinzgouverneurs I Dawa Beratha fand (Ramstedt 2009, S. 344; Ramstedt 2011, S. 59).

Hauptargument ihrer Befürworter war die Tatsache, dass die Dezentralisierungsgesetze nicht den Provinzen, sondern nur den Bezirken (*kabupaten/kota*)

⁴ Ich habe 1995 und 1997 an zwei Treffen des Forums als Beobachter teilgenommen und stand darüber hinaus in regem Kontakt mit Herrn Ngastawa, Dr. Djelantik und Prof. Bagus.

Regionalautonomie erteilt hatten (z.B. Holtzappel 2009, S. 1; Hofman, Kaiser und Schulze 2009, S. 99). Dass auf wirtschaftlichem Gebiet nun alle balinesischen Distrikte miteinander konkurrieren müssten, sei einer alle Teile Balis berücksichtigenden, nachhaltigen Tourismuspolitik nicht förderlich. Denn die an Touristenattraktionen reichen Bezirke würden jetzt kaum ihren Gewinn auf die ganze Insel umverteilen wollen (s.a. Ray 2009, S. 153-154), um so ressourcenarmen Bezirken unter die Arme zu greifen, zumal die Exekutive der einzelnen Bezirksverwaltungen noch immer zum großen Teil aus Beamten des alten Suharto-Regimes bestünde, die an den lokalen Wirtschaftserfolgen weiterhin „mitzuverdienen“ versuchten (s.a. Hofman, Kaiser und Schulze 2009, S. 101-102, 104-105, 110; Ray 2009, S. 159-160, 166). Sie seien daher eher an Gewinnmaximierung interessiert als am Gemeinwohl der gesamten balinesischen Bevölkerung. Die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus, der die bereits bestehende enge Verflechtung von Kultur und Ökologie in Bali (Beispiele: Das einheimische Bewässerungssystem oder *subak*; die Sakralisierung verschiedener Naturerscheinungen durch die Platzierung von Tempeln) berücksichtigt, erfordere aber die Einbindung ganz Balis (s.a. Panitia Khusus Otonomi Khusus 2007, S. 13-14, 25, 29; *Kongres Kebudayaan Bali* 2007, S. x; *Talenta Bali* 2007, S. 16, 37-39, 42, 57, 85, 97, 167-169).

Einige Schritte des Juridifizierungsprozesses habe ich bereits andernorts eingehend behandelt (Ramstedt 2009, S. 344-350, 355-357; Ramstedt 2011, S. 57-66; Ramstedt i.E.). Ich möchte sie deshalb hier nur noch einmal kurz zusammenfassen. Der strategisch wichtigste Schritt war die Verabschiedung der Provinzverordnung Nr. 3/2001 über die Autonomie der traditionellen Rechtsgemeinschaften (*desa adat*), die seitdem *desa pakraman* genannt werden. Mit dieser Verordnung wurde ihnen ihr angestammtes Gebiet (*tanah adat, ulayat*) samt seiner Ressourcen als kollektives Eigentum zugesprochen. Außerdem wurde ihnen ein hohes Maß an Rechtshoheit und rechtsprechender Gewalt verliehen, wobei das lokal sehr unterschiedliche, in der traditionellen sakralen Kosmologie der Balinesen verankerte Dorfrecht Teil des Staatsrechts wurde, allerdings mit einer auf die jeweilige balinesische Dorfsphäre beschränkten Gültigkeit. Darüber hinaus bekamen alle *desa pakraman* das Recht, ihr eigenes Budget zu verwalten. 2003 wurde diese Provinzverordnung in nur wenig überarbeiteter Form ratifiziert. Dazu wurde die Zustimmung aller Vertreter der (*klian adat*) balinesischen Rechtsgemeinschaften eingeholt, die man dazu in einem symbolträchtigen Ort zusammenkommen ließ: dem Tempel *Pura Samuan Tiga* im Dorf Pejeng, der den legendären Wohnort des balinesischen Kulturheroen Mpu Kuturan markiert. Gemäß der schriftlichen Überlieferung war dieser verehrte spirituelle Meister der intellektuelle Urheber der traditionellen Rechtsgemeinschaften (Ramstedt 2011, S. 63; s.a. *Anggaran Dasar* 2004, S. viii).

Die Implementierung der Provinzverordnung erfolgte ab 2004. Im selben Jahr unterbreitete die balinesische Provinzregierung dem gesetzgebenden Organ des nationalen Parlaments in Jakarta einen Gesetzentwurf, der die spezielle Autonomie (*otonomi khusus*) für Bali in Analogie zu der Acehs und Papuas forderte, um Bali

eben zu einer im hindu-balinesischen Sinne wirklich ökologischen und nachhaltigen Wirtschaftszone zu machen (Ramstedt 2009, S. 332, 361-362). Die Entscheidung vonseiten Jakartas blieb so lange aus, bis das Thema seine politische Dringlichkeit verlor. So machten selbst die drei Kandidaten bei den balinesischen Provinzgouverneurswahlen von 2009 aus der ganzen Sache kein Wahlkampfthema mehr. Nach den Wahlen verabschiedete die neue Provinzregierung anstelle dessen aber Provinzverordnung Nr. 16/2009, die auf Basis traditioneller kosmologischer Vorstellungen alle Berge, Seen, Quellen, Schluchten, Küsten und das Meer Balis als heilige Sitze wichtiger Wächtergottheiten identifizierte. Außerdem forderte sie die Respektierung einer sakralen und daher nicht kommerzialisierbaren Zone von zwei bis fünf Kilometern (je nach Bedeutung der Sakralstätte) um Tempel herum. Zu guter Letzt verlangte sie eine Rückbesinnung auf das ebenfalls in kosmologischen Vorstellungen wurzelnde traditionelle Architektur- und Siedlungsdesign der Balinesen, weil es – wie auch die Heilighaltung der natürlichen Sakralstätten – das geistige und materielle Wohlergehen der Inselbewohner sicherstellen würde (Ramstedt i.E.).

Die Strategie, mittels Juridifizierung die Resakralisierung Balis zu erwirken, wurde noch durch weitere Maßnahmen ergänzt. So regte Provinzgouverneur I Dewa Beratha 2003 die Gründung des *Bali Heritage Trusts* an und ernannte Tjokorda Raka Kerthyasa, ein Mitglied des Königshauses von Ubud, zu dessen Vorsitzenden. Die Gründung des *Bali Heritage Trusts* wurde von der im Dezember 2000 von I Gusti Lanang Muliarta und Catrini Pratihari ins Leben gerufenen *Bali Kuna Heritage Society*⁵ wesentlich mit vorbereitet. Ziel Letzterer war es, lokale Gemeinden zur Pflege ihres kulturellen Erbes zu motivieren und ein Inventarium des balinesischen Kulturerbes in einer Datenbank zusammenzustellen. Die *Bali Kuna Heritage Society* hatte dazu die Unterstützung der Weltbank, des indonesischen Ministers für Tourismus und Kultur, des *Indonesian Network for Heritage Conservation (JPP)*, der Stadtregierung von Denpasar, und der balinesischen Provinzregierung einschließlich des Provinzgouverneurs I Dewa Beratha eingeholt. 2002, wurde das *Bali Kuna Conservation Program „Ajeg Bali!“* (Bali stärken!) im regionalen *Bali TV* lanciert.

Das einzige, aber insgesamt sehr erfolgreiche Projekt des im darauf folgenden Jahr gegründeten, dem Zentrum für die Dokumentation der balinesischen Kultur, einer Unterabteilung der balinesischen Provinzregierung, zugeordneten *Bali Heritage Trust*, ist bis heute das Projekt zur Förderung der Produktion der rituellen balinesischen Lochmünzen (genannt *kepeng* oder *pis bolong*), die unerlässlicher Bestandteil vieler Rituale sind. Das Projekt wurde im August 2004 ins Leben gerufen, weil ein wachsender Anteil der balinesischen Bevölkerung das fast völlige Verschwinden des Ritualgeldes beklagt hatte. Es war allmählich durch billige Importe von in Ostjava aus Autoblech gefertigten Münzen ersetzt worden. Das Projekt

⁵ <http://balikuna.org> (Aufruf: 28.12.2010).

des *Bali Heritage Trusts* knüpfte dagegen an eine bestehende Kunsthandschwerkstradition im Dorf Kamasan an, die einstmals in vorkolonialer Zeit von einem der Könige von Klungkung ins Leben gerufen worden war. In Kamasan werden nun materiell hochwertige und spirituell wirkungsmächtige Ritualgeldmünzen aus fünf Edelmetallen (*Panca Datu*) angefertigt, die auf einem traditionellen geomantischen Prinzip beruhen.⁶ Eisen zum Beispiel symbolisiert den Norden, die Farbe Schwarz, Wasser sowie Gott Wisnu; Kupfer den Süden, die Farbe Rot, das Feuer und Gott Brahma, und so weiter. Unter der Leitung von Ida Pedanda Made Gunung, eines wegen seines Charismas in großen Teilen der Bevölkerung geschätzten Priesters, wurden magische Symbole in die Münzen eingraviert, aus denen dann wiederum Ritualgegenstände gefertigt wurden. Mittlerweile stehen die Münzen in ganz Bali hoch im Kurs. Aber auch reiche Sino-Indonesier sowie chinesische Touristen aus dem asiatischen Ausland interessieren sich zunehmend für die neuen Lochmünzen. Das Dorf Kamasan ist damit eindeutig zur Quelle spiritueller Wirkungsmacht geworden, die sich auch finanziell auszahlt.

Weniger erfolgreich erwiesen sich hingegen die Bemühungen der balinesischen Provinzregierung um die Anerkennung verschiedener balinesischer Kultur- und Sakralstätten als von der UNESCO anerkannte „Kulturlandschaften“. 2007 reichte die Generaldirektion für Geschichte und Archäologie folgende Kulturstätten zur Nominierung ein: (1) die Reisterrassen von Jatiluwih im Distrikt von Tabanan; (2) den Familientempel der Mengwi Dynastie, *Pura Taman Ayun*; (3) eine Gruppe von acht Tempeln am Pakerisan Flusstal; und (4) den rituell bedeutendsten balinesischen Tempel *Pura Besakih*. Wegen Verfahrensfehlern während der Antragseinreichung befinden sie sich gegenwärtig noch immer auf der vorläufigen Liste. Eine endgültige Entscheidung wird das UNESCO-Weltkulturerbekomitee erst im Juni 2012 fällen.

Schon 1990 und 1992 hatte es Bemühungen vonseiten der indonesischen Regierung gegeben, bei der UNESCO einen Antrag auf Anerkennung Besakihs als Weltkulturerdenkmal zu stellen. Das hätte allerdings bedeutet, dass gemäß Gesetz Nr. 5/1992 der Tempel zuerst zu einem nationalen Kulturmonument erklärt werden müssen, was jedoch am Widerstand verschiedener hindu-balinesischer Organisationen scheiterte, die befürchteten, dass die Balinesen den Tempel bei seiner Umwandlung in ein nationales Kulturmonument für immer als rituelle Praxisstätte verlieren würden, so wie es ja beim Candi Prambanan bereits geschehen war. Dieser im 10. Jh. u. Z. erbaute hindu-javanische Tempel in der Nähe der Stadt Yogyakarta war 1991 auf die Weltkulturerbe-Liste der UNESCO gesetzt worden und deshalb der indonesischen Hindu-Gemeinschaft nur einmal im Jahr, nämlich an *Nyepi* (Neujahr gemäß des hinduistischen *Saka*-Kalenders), zur Religionsausübung zugänglich (Setia 1993, S. 110-128; Hitchcock und Darma Putra 2007, S. 100).

⁶ Im März 2011 habe ich die Werkstätte in Kamasan besichtigt und den Besitzer sowie zwei seiner Mitarbeiter eingehend interviewt.

2001 war es die gerade dezentralisierte balinesische Provinzregierung, die einen erneuten Versuch startete. Wieder waren es balinesische Hinduintelkuelle, die sich gegen eine Nominierung stellten, bis sich schließlich Provinzgouverneur I Dawa Beratha von dem Vorhaben distanzierte (Hitchcock und Darma Putra 2007, S. 96-106). Dass Besakih dann mit mehrheitlichem Einverständnis der religiösen Elite Balis 2007 auf die vorläufige Liste des UNESCO Kulturlandschaften-Programms gesetzt wurde, muss meines Erachtens in Zusammenhang mit folgendem Umstand gesehen werden: Im Zuge des Diskurses über die internationale und nationale Gesetzgebung über private geistige Eigentumsrechte sowie kollektive kulturelle Gemeinschaftsrechte und -güter registrierte man in Indonesien zunehmend, dass im Ausland Patente über bzw. Rechte an kulturellen Praktiken angemeldet wurden, die eigentlich schon immer zum lokalen Wissen indonesischer Kulturgemeinschaften gehört hatten. So hatte beispielsweise die Regierung Malaysias erfolgreich Anspruch auf den javanische *Reog Ponorogo*-Tanz, das sumatranische *Rendang*-Gericht, das *Rasa Sayange*-Lied, die Angklung-Musikinstrumente sowie einige Batik-Spielarten erhoben. Ein japanisches Forschungsinstitut hatte ein Patent für die Tempe-Herstellung erworben, während ein niederländischer Unternehmer sich die Marke *Kopi Gayo* (Kaffee vom Gayo-Plateau in Aceh) gesichert hatte. 2009 wurde zum ersten Mal eine kulturelle Errungenschaft der Balinesen, der *Pendet*-Tanz, als kollektives kulturelles Gemeinschaftsgut Malaysias beansprucht, was wütende Reaktionen in Bali hervorrief. Seither bemüht sich die Provinzregierung um die Anerkennung der Sakraltänze *Pendet*, *Topeng* und *Baris Tombak* als nicht-materielles Kulturerbe durch die UNESCO.

Schlussbetrachtung

Das Branding von „Bali“ nach Suharto zeichnet die Insel also als authentische, hindu-balinesische Kulturregion mit einer wirtschaftlichen Ausrichtung auf einen nachhaltigen Tourismus, der einer Entwicklung gerade der ländlichen Gebiete förderlich ist. In der Tat betrachten sich die traditionellen Dorfgemeinschaften Balis jetzt auch wieder verstärkt als Wirtschaftsgemeinschaften, und die Verwaltung und Vermarktung von Gemeinschaftsgütern sowie das Management der dorfeigenen Mikrokreditinstitute sind wichtige Tagungspunkte der dörflichen Mitgliederversammlungen.⁷ Interessanterweise hat diese Entwicklung nicht unbedingt positive Auswirkungen auf das friedliche Miteinander gezeitigt. Vielfach ist es zu heftigen Grenzstreitigkeiten zwischen benachbarten *desa pakraman* gekommen, die sich immer auf ein Stück Land bezogen haben, das entweder für wirtschaftliche Zwecke erschlossen werden kann, oder auf dem sich bereits ein florierendes Kleinunternehmen (Restaurant, Tankstelle, etc.) befindet. Darüber hinaus haben einige lokale

⁷ Ich habe 2008 und 2009 mehreren Dorfversammlungen eines *desa pakraman* in Tabanan sowie einigen Zusammenkünften von Spezialisten der Rechtstraditionen der verschiedenen *desa pakraman* der Bezirke Denpasar, Bangli und Gianyar beigewohnt.

Gemeinschaften die Kommerzialisierung von lokalen Kulturgütern so intensiv vorangetrieben, dass manchmal selbst eine Desakralisierung heiliger Stätten in Kauf genommen wurde. Ein offenkundiger Fall ist ein vor allem unter Expats sehr beliebtes Strandrestaurant in unmittelbarer Nähe des Tempels *Pura Masceti* in Kerobokan, das von der Dorfgemeinschaft, dem dieser Tempel gehört, kollektiv betrieben wird. Ein anderes Beispiel ist die Dorfgemeinschaft Pecatu, die sich 2005 öffentlich dagegen wehrte, den gebräuchlichen Radius um ihre Dorftempel herum wirtschaftlich ungenutzt lassen zu müssen, aus Respekt vor den betreffenden Sakralstätten. Die Gemeinschaft wollte die „Zone der Heiligkeit“ auf wenige hundert Meter begrenzen, da sie nicht einsah, für die Allmende zwar Steuern zahlen zu müssen, sie aber nicht Gewinn bringend nutzen zu dürfen.

All dies macht deutlich, dass die Juridifizierung des lokalen Kulturerbes nicht unbedingt, wie ostentativ verkündet, zu einer tatsächlichen Aufwertung traditioneller Werte in der balinesischen Bevölkerung geführt hat. Zwar wurde ein gewisser Teil der Tourismusindustrie auf Bali wieder in die lokalen Gemeinschaften eingebettet, doch hat dies zum Teil eher zu einer Verstärkung des neo-liberalen Geistes unter den Balinesen als zu einer Erneuerung der traditionellen Werte und Solidarnetzwerke geführt.

Literatur

- Anggaran Dasar anggaran Rumah Tangga Majelis Desa Pakraman, Denpasar: Majelis Utama Desa Pakraman in Zusammenarbeit mit SARAD, o. J.
- Ashaari Muhammad, Abuaya Syeikh Imam (1993): *Presiden Soeharto Ikut Jadwal Allah*, London und Kuala Lumpur: ASOIB International Limited
- Bagus, I Gusti Ngurah (1995): *Dokumentasi Forum Pemerhati Hindu Dharma Indonesia dan Kiprah*, Denpasar: Forum Pemerhati Hindu Dharma Indonesia
- Basri, Muhammad Chatib (1999): „Indonesia. the political economy of policy reform“, in: Budieman, Arief; Hatley, Barbara und Kingsbury, Damien (Hgg.): *Crisis and change in Indonesia*, Clayton: Monash Asia Institute, S. 27-37
- Blichner, Lars C. und Molander, Anders (2005): *What is juridification?*, Oslo:Arena (Centre for European Studies, Working paper Nr. 14)
- Blok, Fred (2001): „Introduction“, in: Polanyi, Karl: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston: Beacon Press, S. xviii-xxxviii
- Brodjonegoro, Bambang (2009): „Fiscal Decentralization and Its Impact on Regional Economic Development and Fiscal Sustainability“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia. Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 196-221
- Connor, Linda H. und Vickers, Adrian (2003): „Crisis, Citizenship, and Cosmopolitanism: Living in a Local and Global Risk Society in Bali“, in: *Indonesia*, 75, S. 153-180
- Frerichs, Sabine (2011): „Re-embedding Neo-liberal Constitutionalism. A Polanyian Case for the Economic Sociology of Law“, in: Joerges, Christian und Falke, Josef (Hgg.): *Karl Polanyi, Globalisation and the Potential of Law in Transnational Markets*, Oxford and Portland: Hart Publishing, S. 65-84
- Hitchcock, Michael und Darma Putra, I Nyoman (2007): *Tourism, Development and Terrorism in Bali*, Aldershot und Burlington: Ashgate
- Hoffman, Bert; Kaiser, Kai und Schulze, Günther G. (2009): „Corruption and Decentralization“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia. Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 99-113
- Holtzappel, Coen J.G. (2009): „Introduction. The Regional Governance Reform in Indonesia, 1999-2004“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia. Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 1-56

- Hussey, Andrew (1989): „Tourism in a Balinese Village“, in: *Geographical Review*, 79, Heft 3, S. 311-325
- Indrayana, Denny (2008): *Indonesian Constitutional Reform 1999-2002. An Evaluation of Constitution-Making in Transition*, Jakarta: KOMPAS Book Publishing
- Intellectual Property Needs and Expectations of Traditional Knowledge Holders*, Geneva: WIPO (WIPO Report on Fact-Finding Missions on Intellectual Property and Traditional Knowledge, 1998-1999)
- Joerges, Christian und Falke, Josef (2011): „Introduction. The Social Embeddedness of Transnational Markets. Introducing and Structuring the Project“, in: Joerges, Christian und Falke, Josef (Hgg.): *Karl Polanyi, Globalisation and the Potential of Law in Transnational Markets*, Oxford and Portland: Hart Publishing, S. 1-15
- Knight, Drew; Mitchell, Bruce und Wall, Geoffrey (1997): „Bali. Sustainable Development, Tourism, Coastal Management“, in: *Ambio*, 26, Heft 2, S. 90-96
- Kongres Kebudayaan Bali (2007): *Penguatan Perjuangan Otsus Provinsi Bali*, Denpasar: Pansus Otsus DPRD Provinsi Bali
- Kreide, Regine (2011): „Re-embedding the Market through Law? The Ambivalence of Juridification in the International Context“, in: Joerges, Christian und Falke, Josef (Hgg.): *Karl Polanyi, Globalisation and the Potential of Law in Transnational Markets*, Oxford and Portland: Hart Publishing, S. 41-64
- Liddle, William R. (1991): „The Relative Autonomy of the Third World Politician. Soeharto and Indonesian Economic Development in Comparative Perspective“, in: *International Studies Quarterly*, 35, Heft 4, S. 403-427
- Lustermann, Henning (2002): *Die vertikale Staatsorganisation Indonesiens zwischen föderalen und unitarischen Strukturelementen. Indonesien auf dem Weg zum Bundesstaat?*, Münster: Mendel Verlag OHG
- McGillivray, Mark und Morrissey, Oliver (1999): „Economic and Financial Meltdown in Indonesia. Prospects for Sustained and Equitable Economic and Social Recovery“, in: Budiman, Arief; Hatley, Barbara und Kingsbury, Damien (Hgg.): *Crisis and Change in Indonesia*, Clayton: Monash Asia Institute, S. 3-26
- Mitchell, Bruce (1994): „Sustainable Development at the Village Level in Bali, Indonesia“, in: *Human Ecology*, 22, Heft 2, S. 189-211
- Mulya Lubis, Todung und Santosa, Mas Achmad (1999): „Economic Regulation, Good Governance and the Environment. An Agenda for Law Reform in Indonesia“, in: Budiman, Arief; Hatley, Barbara und Kingsbury, Damien (Hgg.): *Crisis and Change in Indonesia*, Clayton: Monash Asia Institute, S. 343-361
- Orru, Marco (1983): „The Ethics of Anomie. Jean Marie Guyau and Émile Durkheim“, in: *The British Journal of Sociology*, 34, Heft 4, S. 499-518
- Panitia Khusus Otonomi Khusus (2007): *Naskah Akademik Rancangan Undang-Undang Tentang Otonomi Khusus Provinsi Bali*, Denpasar: Dewan Perwakilan Rakyat Daerah Provinsi Bali
- Perry-Kessaris, Amanda (i.E.): „Reading the Story of Law and Embeddedness Through a Community Lens. A Polanyi-meets-Cottrell Economic Sociology of Law?“, in: *Northern Ireland Legal Quarterly*, Themenband „Socializing Economic Relationships“
- Picard, Michel (1996): *Bali. Cultural Tourism and Touristic Culture*, Singapur: Archipelago Press
- Picard, Michel (1997): „Cultural Tourism, Nation-Building, and Regional Culture. The Making of Balinese Identity“, in: Picard, Michel und Wood, Robert T. (Hgg.): *Tourism, Ethnicity, and the State in Asian and Pacific Societies*, Honolulu: University of Hawai'i Press
- Polanyi, Karl (1944) 2001): *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston: Beacon Press
- Ramstedt, Martin (1992): „Indonesian Cultural Policy in Relation to the Development of Balinese Performing Arts“, in: Schaareman, Danker (Hg.): *Balinese Music in Context. A Sixty-fifth Birthday Tribute to Hans Oesch*, Winterthur: Amadeus (Forum Ethnomusicologicum, 4), S. 59-84
- Ramstedt, Martin (2000): „Bali. Kulturelles Kapital im Spiel divergierender Interessen“, in: Hauser-Schäublin, Brigitta und Rieländer, Klaus (Hgg.): *Bali. Kultur. Tourismus. Umwelt*, Hamburg: Abera, S. 124-141
- Ramstedt, Martin (2009): „Regional Autonomy and Its Discontents. The Case of Post-New Order Bali“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia. Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 329-379
- Ramstedt, Martin (2011): „Menafsirkan Kembali Tata Norma Bali Pasca-Orde Baru. Persoalan Tanah dan Kegalauan Makna Ke-Bali-an“, in: Ramstedt, Martin und Thufail, Fadjar Ibnu (Hgg.): *Kegalauan Identitas: Agama, Etnisitas, dan Kewarganegaraan pada Masa Pasca-Orde Baru*, Jakarta: Grasindo, S. 41-72

- Ramstedt, Martin (i.E.): „Precarious Inclusion. Disputing New Fault Lines of Citizenship in the Nomosphere of Post-New Order Bali“, in: Benda-Beckmann, Franz v.; Benda-Beckmann, Keebet v.; Ramstedt, Martin und Turner, Bertram (Hgg.): *Religion in Disputes*, Hounds-mills, Basingstoke, Hampshire; UK: Palgrave Macmillan
- Ray, David (2009): „Decentralization, Regulatory Reform, and the Business Climate“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia. Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 150-182
- Rieländer, Klaus (2000): „Künstliche Attraktionen, postmoderner Tourismus und nachhaltige Entwicklung. Die Halbinsel Bukit als Beispiel“, in: Hauser-Schäublin, Brigitte und Rieländer, Klaus (Hgg.): *Bali. Kultur. Tourismus. Umwelt*, Hamburg: Abera, S. 37-55
- Rotberg, Robert I. (2003): „Failed States, Collapsed States, Weak States. Causes and Indicators“, in: Rotberg, Robert I. (Hg.): *State Failure and State Weakness in a Time of Terror*, Washington: Brookings Institution Press and The World Peace Foundation, S. 1-25
- Sadli, Mohammad (2009): „Regional Autonomy, Regulatory Reform, and the Business Climate“, in: Holtzappel, Coen J.G. und Ramstedt, Martin (Hgg.): *Decentralization and Regional Autonomy in Indonesia: Implementation and Challenges*, Singapur: ISEAS, S. 145-149
- Schulte Nordholt, Henk (2007): „Bali. An Open Fortress“, in: Schulte Nordholt, Henk und Klinken, Gerry van (Hgg.): *Renegotiating Boundaries. Local Politics in Post-Suharto Indonesia*, Leiden: KITLV Press, S. 387-416
- Schulte Nordholt, Henk und Klinken, Gerry van (2007): „Introduction“, in: Schulte Nordholt, Henk und Klinken, Gerry van (Hgg.): *Renegotiating Boundaries. Local Politics in Post-Suharto Indonesia*, Leiden: KITLV Press, S. 1-29
- Setia, Putu (1993): *Kebangkitan Hindu Menyongsong Abad Ke-21*, Jakarta: Pustaka Manikgeni
- Soesastro, M. Hadi (1989): „The Political Economy of Deregulation in Indonesia“, in: *Asian Survey*, 29, Heft 9, S. 853-869
- Soesastro, M. Hadi (2000): „Globalization. Challenges for Indonesia“, in: *Economic Reform*, 1, S. 51-54
- Steglitz, Joseph E. (2001): „Foreword“, in: Polanyi, Karl: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston: Beacon Press, S. vii-xvii
- Suasta, Putu und Connor, Linda H. (1999): „Democratic Mobilization and Political Authoritarianism. Tourism Developments in Bali“, in: Rubinstein, Raechelle und Connor, Linda H. (Hgg.): *Staying Local in the Global Village. Bali in the Twentieth Century*, Honolulu: University of Hawai'i Press, S. 91-122
- Talenta Bali Menuju Otonomi Khusus*, Denpasar: Pansus Otsus DPRD Provinsi Bali, 2007
- Tamara, Nasir (1998): *Abdurizal Bakrie. Bisnis dan Pikirannya*, Jakarta: Pustaka Sinar Harapan
- Titicheruw, Ira S.; Soesastro, M. Hadi und Atje, Raymond (2009): *Global Financial Crisis Discussion Series Paper No. 6: Indonesia*, London: Overseas Development Institute
- Warren, Carol (1998): „Tanah Lot. The Cultural and Environmental Politics of Resort Development in Bali“, in: Hirsch, Philip und Warren, Carol (Hgg.): *Reclaiming Resources. The Political Economy of Environment in Southeast Asia*, London: Routledge, S. 229-261
- Warren, Carol (2000): „Adat and the Discourse of Modernity in Bali“, in: Vickers, Adrian; Putra, I Nyoman und Ford, Michele (Hgg.): *To Change Bali. Essays in Honour of I Gusti Ngurah Bagus*, University of Wollongong, S. 1-14
- Yamashita, Shinji (2003): *Bali and Beyond. Explorations in the Anthropology of Tourism*, Oxford und New York: Berghahn